

Ratssitzung vom 28.08.2017

Schulentwicklung - Realschule Himmelsthür/Hauptschule Geschwister Scholl

Zu diesem TOP gab es seitens der Fraktionen Änderungs- und Ergänzungsanträge. Letztendlich wurde sich mehrheitlich von den Fraktionen auf die Beschlussfassung zum Umzug der Hauptschule Geschwister Scholl geeinigt.

1. Die Hauptschule Geschwister Scholl zieht zum Schuljahr 2018/19 in das Gebäude der Anne-Frank-Schule (Ludolfingerstr. 16/18). Das Gebäude wird zuvor entsprechend der Variante 5 baulich angepasst.
 - 1a. Die im Sachverhalt dargestellten Ausstattungsmerkmale (Café, Kiosk, sachgerechte IT-Ausstattung und zeitgemäß hochwertige und lernfördernde Ausstattung) sind verbindlich.
2. Die Förderschule Anne Frank zieht zum Schuljahr 2018/19 in das Gebäude der Geschwister-Scholl-Schule(Jahnstraße25).
3. Die Außenstellen der Hauptschule und Realschule in der Danziger Straße werden zum Schuljahr 2018/19 aufgelöst. Die bislang von der Realschule dort genutzten Räume werden in das Hauptgebäude in der Jahnstraße integriert.
4. Die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit den Schulen.
5. Am Standort der Realschule Himmelsthür ist eine neue 2-Feld-Halle zu errichten. Die bestehende Halle inklusive Schwimmbad wird abgerissen. Die tatsächlich benötigten Mittel werden im Haushalt 2018 abgebildet.

Sollte bis zu den Haushaltsberatungen von der Verwaltung nachgewiesen werden, dass eine 1-Feld-Halle für die schulischen und vereinsmäßigen Belange dauerhaft ausreichend ist, oder dass der Landkreis entgegen seiner jetzigen Aussage doch noch Hallenkapazitäten am Gymnasium zur Verfügung stellen kann, kann auf die 2-Feld-Halle zu Gunsten der 1-Feld-Sporthalle verzichtet werden.
6. Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe 2,71 Mio. Euro für den Umbau des Gebäudes der Anne-Frank-Schule (Variante 5) wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über die Verschiebung der Baukosten für die Maßnahmen der Sporthalle Himmelsthür(Variante1).
7. Der überplanmäßigen Verwendung der verbleibenden Mittel für die bereits bestehenden Maßnahmen (wie unter dem Punkt „Finanzielle Auswirkungen“ dargestellt) wird zugestimmt.

Auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Die Grünen / Bündnis 90: Resolution zum Erhalt des Studentaktes im ICE-Verkehr

Einstimmig wurde dazu folgende Resolution beschlossen:

1. Der Studentakt im ICE-Verkehr muss erhalten bleiben.
2. Die Stadtratsfraktionen unterstützen den gleichzeitigen Einsatz ihrer Bundestagsabgeordneten für den Erhalt des bisherigen Angebotes.
3. Sie fordern das Bundesverkehrsministerium mit seinem Minister sowie die Deutsche Bahn AG auf, die ICE-Haltestelle Hildesheim weiter stündlich zu bedienen.

Sachstand Verleihung des Siegels "Fairtrade-Town"

Mit Beschluss wurde festgelegt, dass sich die Stadt Hildesheim um das Siegel "Fairtrade-Town" bewerben soll.

Im August 2016 wurde eine Steuerungsgruppe gegründet, ein Flyer gestaltet und eine Internetseite online geschaltet. Die Steuerungsgruppe hat in den letzten Monaten die notwendigen Nachweise für die Bewerbung gesammelt und den Antrag Ende Mai 2017 an die Organisation Transfair weitergeleitet. Mit Mail vom 27. Juni 2017 wurde mitgeteilt, dass der Stadt Hildesheim das Siegel "Fairtrade-Town" verliehen werden kann. Die Übergabe ist für den 17. September 2017 zum Bauernmarkt geplant. Die Übergabe wird derzeit im OB-Büro organisiert.

Ausblick: In der Stadt Hildesheim als Inhaberin des Siegels "Fairtrade-Town" ist auch zukünftig das Thema "Fairtrade" in Gesellschaft und Politik zu verankern. Hierzu sind jährlich Projekte durchzuführen, die über das Thema informieren. Auch die Teilnahme an Projekten / Projekttagen wie z.B. die "Faire Woche" o.ä. wird seitens der Organisation Transfair gewünscht. Über die Aktionen ist mindestens viermal jährlich pressewirksam zu berichten. Vor Ablauf von jeweils zwei Jahren ist das verliehene Siegel "Fairtrade-Town" wiederholt zu beantragen und neu nachzuweisen.

- 3. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Hildesheim für die Haushaltsjahre 2016 und 2017

Die 3. Nachtragshaushaltssatzung wurde einstimmig beschlossen

Zustimmung einer überplanmäßigen Auszahlung für die Beschaffung von Geräten für drei Notarzteinsatzfahrzeuge

Der überplanmäßigen Auszahlung von 170.000,00 Euro für die Beschaffung der Geräte für drei Notarztwagen wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt in Form der nicht benötigten Mittel aus der Beschaffung von LF 10 für die Freiwilligen Feuerwehren.

Entgeltvereinbarung 2017 für den Rettungsdienst

Es erging ein einstimmiger Beschluss.

Beauftragung Dritter mit Leistungen des Rettungsdienstes; Zweckvereinbarung mit dem Landkreis

Es erging ein einstimmiger Beschluss.

Mietspiegel für Hildesheim

Für die Erstellung eines Mietspiegels in Hildesheim werden bis zu 3.000,00 Euro bereitgestellt. Die Verwaltung wird aufgefordert, sämtliche Möglichkeiten zur Reduzierung des städtischen Kostenanteils zu nutzen.

Über die Fortschreibung des Mietspiegels und deren Finanzierung wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut entschieden. Der Beschluss erging einstimmig.

Förderprogramm Stadtumbau West - Entwicklung des Mackensen-Areals Namenswettbewerb für das neue Stadtquartier in Hildesheim

Zur Namensfindung für das neue Stadtquartier auf dem ehemaligen Mackensen-Gelände wird ein für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Hildesheim offener Wettbewerb durchgeführt. Ein zusammengesetztes 12-köpfiges Auswahlgremium wählt aus den Vorschlägen der Einwohnerinnen und Einwohner Empfehlungen für den Beschluss des Rates über die Namensgebung aus. Für den Rat der Stadt Hildesheim wurden die 5 Vertreterinnen bzw. Vertreter in das Auswahlgremium benannt:

Die folgenden TOP des Baubereichs wurden alle einstimmig beschlossen.

Erlass der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für eine Lärmschutzwand im Bereich der Bebauungspläne "Senator-Braun-Allee West"

Sanierungsprogramm "Soziale Stadt" - Einrichtung von Verfügungsfonds für die Gebiete "Stadtfeld" und "Nördliche Nordstadt"

Sanierungsprogramm "Soziale Stadt" - Richtlinien der Stadt Hildesheim zur finanziellen Förderung der Herrichtung privater Hausfassaden und Hofflächen in städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen

Sanierungsprogramm "Soziale Stadt" - Richtlinien der Stadt Hildesheim zur finanziellen Förderung der Herrichtung privater Hausfassaden und Hofflächen in städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen - Anpassung der Folgekostenabschätzung

Städtebauförderprogramm "Zukunft Stadtgrün" Projektantrag Hohnsensee mit Wallanlage

8. Änderung des Flächennutzungsplans "Renatastraße" - Erneuter Beschluss der Begründung

Bebauungsplan HM 244 und örtliche Bauvorschrift HM 244 "Renatastraße" - Satzungsbeschluss

4. Änderung des Bebauungsplans HN 250 B.2 "Am Bischofskamp" – Satzungsbeschluss

4. Änderung des Bebauungsplans HW 79 "Albert-Schweitzer-Ring" – Satzungsbeschluss

1. Änderung des Bebauungsplans DR/HO 275.1 "Herbert-Quandt-Straße" - Satzungsbeschluss

Außerplanmäßige Ausgabe Hochwasserschutz

Die Verwaltung wurde einstimmig ermächtigt, mobile Hochwasserschutzanlagen zu erwerben sowie Investitionen für weitere Hochwasserschutzmaßnahmen im Jahr 2017 zu tätigen.

Neubesetzung des Beirates für Migration

Einstimmig erging der Beschluss, dass die genannten Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen mit sofortiger Wirkung für die Zeit bis zum 30.09.2018 dem Beirat für Migration angehören.

Investitionszuschüsse im Rahmen der Sportförderung 2017

Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verwendung der Investitionszuschüsse im Rahmen der Sportförderung 2017 wurde mit der Maßgabe, die Vereine FC Concordia Hildesheim e.V., TC Blau-Weiß Itzum e.V. und Reitverein Hubertus Hildesheim / Marienburg e.V. mit jeweils 3.333 Euro zu fördern - vorbehaltlich der Realisierung der Maßnahmen – einstimmig zugestimmt.

Auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, Die Unabhängigen und Die LINKE: Aufstellung eines Personalentwicklungskonzeptes

Es ist ein Personalentwicklungskonzept - unabhängig bzw. parallel zum Personalkonzept - von der Verwaltung in Ergänzung und Erweiterung zur Ergänzung des Berichtes vom

31.10.2015 gemäß Beschluss bis zum 31.03.2018 auf dem Stand vom 31.12.2017 zu erstellen und durch den Rat zu beschließen.

Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden, welche Stellen in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich neu besetzt werden müssen und wie diese Neubesetzung erreicht werden soll (interne Ausschreibung, Fortbildung von Mitarbeitern, Beförderung, externe Ausschreibung). Der Beschluss erging einstimmig.